

Laues Lüftchen

Wende in Bayern: Ministerpräsident Max Streibl bereitet sein Land überraschend flott auf den Ausstieg in Wackersdorf vor.

Max Streibl redete daher, als wäre er gerade zu den Grünen übergelaufen. Ein „heißer Verfechter der Kernenergie“ sei er nie gewesen, gestand der bayrische Ministerpräsident am Montag vergangener Woche, für die umstrittene Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf werde er „nicht kämpfen“. Er habe bereits angeordnet, umgehend die Voraussetzungen für einen Baustopp zu prüfen.

So klare Worte hatten die Bayern von ihrem Ministerpräsidenten noch nie gehört, selbst den engsten politischen Freunden schien die Entschlossenheit des Regierungschefs unheimlich: Irritiert schaute der CSU-Vorsitzende Theo Waigel den Parteifreund Streibl von der Seite an.

Die Ankündigung des Veba-Konzerns, gemeinsam mit der französischen Firma Cogema die Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe zu übernehmen, hat Bayerns Christoziale total verwirrt, am schlimmsten traf es anscheinend den Ministerpräsidenten selber.

Denn der hatte, noch wenige Minuten vor seinen überraschenden Offenbarungen, bei einer Sitzung des CSU-Vorstandes vergangenen Montag von WAA-Müdigkeit nichts erkennen lassen. „Eingehend“ habe die CSU-Führung die Lage erörtert, gab hinterher Parteichef Waigel bekannt, und er habe „nicht eine Stimme der Kritik“ vernommen.

Bei einer Vorbesprechung in engstem Kreis hatten die CSU-Strategen verabredet, die Verantwortung für die Wackersdorfer Anlage weit von sich nach Bonn zu schieben. Die Bayern seien weder Bauherren noch Betreiber, sondern lediglich im Auftrag des Bundes tätig. Ansonsten stünde die CSU geschlossen zum nationalen Entsorgungskonzept, für das die WAA eine unabdingbare Voraussetzung sei.

Das Bekenntnis der CSU-Spitze zu Wackersdorf lag auf der Linie, die der frühere Partei- und Regierungschef Franz Josef Strauß jahrelang vorgegeben hatte. Ohne die WAA in der Oberpfalz, so hatte Strauß den Bayern unablässig eingehämmert, gebe es keine bundesdeutsche Atomindustrie, dafür aber einen „Rückfall ins vorindustrielle Armenhaus“.

Wegen Wackersdorf hatte es die CSU-Führung auf eine Art Bürgerkrieg rund um das Baugelände ankommen lassen, es hatte Tote gegeben und zahllose Verletzte, über 4000 Festnahmen. Polizeigesetze wurden verschärft, und die Münchner Staatsregierung riskierte einen schweren Konflikt mit den besorgten Nachbarn in Österreich.

Darum waren sich die Mitglieder des CSU-Vorstands Anfang letzter Woche noch einig: Nach soviel Stehvermögen wäre es eine schöne Blamage gewesen, wenn sich die Streibl-Regierung nun sang- und klanglos von dem WAA-Projekt verabschiedet hätte.

Aber der Konsens in der CSU war unterdessen brüchig geworden. Der Streit um das festungsartige Bauwerk im Talschöndorfer Forst trennte Gemeinden und Familien rund um Wackersdorf, der Widerstand gegen die Atomfabrik war längst nicht gebrochen. Die Landesre-



Ministerpräsident Streibl, Wackersdorf-Gegner*
„Wir sind keine Wiederaufarbeitungs-Fetischisten“

gierung hatte gerade erst eine schmerzliche Niederlage erlitten: Das Disziplinarverfahren gegen den renitenten Landrat und WAA-Gegner Hans Schuierer (SPD) wurde eingestellt.

Letzte Woche kippte die Stimmung in der CSU plötzlich um. Wenn sich die Industrie von der WAA absetze, seien „viele von uns nicht mehr bereit, ihren Kopf dafür hinzuhalten“, kündigte der Bundestagsabgeordnete Klaus Rose an. Und der Landtagsabgeordnete Herbert Huber zeigte sich vom möglichen Ende der WAA sogar „positiv überrascht“. Wenn die WAA überflüssig würde, sagte der umweltpolitische Sprecher der CSU-Fraktion, sei er „alles andere als unglücklich“.

Während Parteichef Waigel, an der Seite Helmut Kohls in Bonn, noch um die WAA kämpfte, spürte Ministerpräsident Streibl in München den Klima-

* „WAA - Nie“-Protest der Grünen im Münchner Landtag, am Dienstag vergangener Woche.

wechsel. Er sah eine gute Gelegenheit, sich als versöhnlicher Landesvater zu profilieren, dem die Eintracht seiner Bayern am Herzen liegt. „Wir sind keine Wiederaufarbeitungs-fetischisten“, versicherte Streibl im Landtag und rief zum „Miteinander in der Energiepolitik“ auf.

Die überraschende Konzilianz des CSU-Regierungschefs erklärt sich einerseits mit der Rücksicht auf das vorsichtige Taktieren des Kanzlers in Bonn (siehe Seite 112). Andererseits gibt es einen unübersehbaren Konkurrenzkampf zwischen Waigel und Streibl. Durch das Hin und Her um seinen Eintritt ins Bonner Kabinett hatte sich der CSU-Vorsitzende Waigel zum Retter der Koalition stilisieren lassen. Mit seinem Versprechen, die Quellensteuer zu mildern, gelang dem neuen Bundesfinanzminister überdies ein Einstand nach Maß.

Doch auch Streibl durfte mit dem Echo auf seine veränderte Haltung zur WAA zufrieden sein. Die Presse rühmte seine „Entschlossenheit“, Münchner WAA-Gegner sprachen gar in der Staatskanzlei vor, um den Ministerpräsidenten für seine „resolute Haltung in den letzten Tagen“ zu loben.

Streibls Wende soll sich spätestens im nächsten Jahr für die Christoziale auszahlen. Dann sind Wahlen in Bayern, und die CSU fürchtet um ihre absolute Mehrheit. Wenn die „Betonköpfe“ in der CSU an der WAA festhielten, hatte SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann schon prophezeit, dann „explodiert die Oberpfalz“. Bisherige Demonstrationen seien dagegen nur ein „laues Lüftchen“.

Ohne das Monstrum WAA hätte die SPD allerdings ein zugkräftiges Wahlkampfhema weniger. Auch die Republikaner, die gefährlichsten CSU-Konkurrenten, hatten schon angekündigt, „diesen aberwitzigen Skandal“ im Landtagswahlkampf anzuprangern.

Streibl drängt deswegen auf eine schnelle Entscheidung, während Kanzler Kohl in einer Arbeitsgruppe erst noch die Möglichkeiten einer deutsch-französischen Kooperation bei der Wiederaufarbeitung sondieren lassen will.

So wird die Entscheidung über den Weiterbau der WAA nicht vor dem Herbst fallen. Die Drohung der Münchner mit Baustopp verfängt nicht. Streibls Juristen fanden schnell heraus, daß hierfür nicht Bayern, sondern Bonn zuständig ist.

Im Sommer geht allerdings auf dem WAA-Baugelände die Arbeit aus. Dann wird die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für das Hauptgebäude fällig. Solange aber die Franzosen eine Alternati-

ve zum Wackersdorfer Projekt bieten, sind die Bayern nicht bereit, eine solche Genehmigung zu geben.

Das wäre dann der Baustopp auf Umwegen – und zwar für immer. Denn wenn in Wackersdorf erst mal die Arbeit ruht, wagt Streibl nicht mehr, sie wieder in Gang zu setzen.

NEONAZIS

Wie Tschernobyl

An Führers Geburtstag schürten Rechtsextremisten den Haß auf Ausländer. Türken verbarrikadierten sich.

Vier Jahre lang hatte Michael Kühnen, 33, auf diesen Tag hingearbeitet: Am 20. April, Hitlers 100. Geburtstag, sollte ein „Super-Thing“ steigen, eine Ehrenfeier in großem Stil. „Wir wollen zeigen“, schwadronierte der wirre Neonazi, „daß es auch noch Deutsche gibt, die dankbar sind.“

Das „historische Datum“ mußte allerdings ohne Kühnen gefeiert werden. Der selbsternannte Führer der westdeutschen „Bewegung“ lag am Donnerstag letzter Woche nach einer Blinddarmoperation im Frankfurter „Hospital zum Heiligen Geist“ – statt Jubelgesang gab's Kamillentee. „Ich bedaure tief“, ließ der Rekonvaleszent vom Bett aus verlauten, „daß ich an so einem Tag nicht einsatzfähig bin.“

Ins belgische Flandern hatte die braune Geburtstagsgesellschaft ursprünglich fahren wollen, ausgestattet mit alten Reichsfahnen und frisch gestärkten Uniformen. Doch aus „sicherheitstechnischen Gründen“ und wegen seiner Erkrankung, so Kühnen, schrumpfte die große Sause zum Notprogramm: Die „zentrale Feier“ lief Donnerstag abend bei Burg Breuberg im Odenwald ab, als Ersatzredner mußte Kühnens Mitstreiter Thomas Brehl, 31, einspringen.

„Im Namen des Chefs“ begrüßte der schmerzbüchige Nazi rund 50 „Kameraden“, die meisten kurzgeschoren und viele mit schwarzem Lederkoppel gegürtet. Hollands Nazi-Chef Eide Hom überbrachte ein „kräftiges Sieg Heil“. Gerade mal 40 Minuten dauerte die Veranstaltung, zum Schluß versammelten sich die Braunhemden noch zum Gruppenbild – Kommando: „Im Halbkreis antreten!“

Die befürchteten rechtsextremistischen Gewaltaktionen zum Hitler-Geburtstag blieben bundesweit aus. Zwar wurden in Berlin Parolen wie „Adolf lebt“ geschmiert, ein Mieter in Neukölln hißte gegen 21 Uhr auf seinem Balkon die NS-Flagge, und in einer Bergwand bei Garmisch-Partenkirchen brannte ein aus Fackeln errichtetes Hakenkreuz. Doch am Freitag konnten Verfassungsschützer Entwarnung geben: „Alles ruhig.“

Aber auch ohne Aufmarsch und Kravalle haben Neonazis in der letzten Wo-



Nazi-Feier zu Hitlers Geburtstag*: „Im Halbkreis antreten!“

che Schrecken verbreitet, befördert durch Berichte der Lokalpresse. Die „Stuttgarter Zeitung“ beispielsweise warnte vor einem Angriff faschistischer Schlägertrupps auf Asylantenheime und Ausländersiedlungen. Die Meldung entpuppte sich als Ente.

In Hamburg führte das Gerücht, Rollkommandos wollten Ausländerkinder jagen, zu einer regelrechten Panik. Im Stadtteil Wilhelmsburg verrammelten türkische Geschäftsleute aus Furcht vor Übergriffen ihre Läden mit Eisengittern, türkische Familienväter schraubten ihre Klingelschilder ab und legten die Türkettchen vor. „Da wurden selbst die Kanarienvögel vom Balkon genommen“, berichtete ein Nachbar.

In einigen Schulen fehlten vergangenen Donnerstag 70 Prozent der Kinder. In der Schule Friedrichstraße, in Hamburg-St. Pauli, kamen von 480 Schülern nur 90 zum Unterricht. Die Stimmung sei „absolut gespenstisch“ gewesen, berichtete die Lehrerin Luisa Fiedler, „das war wie nach Tschernobyl“.

Ausgelöst wurde die Massenhysterie durch ein anonymes Flugblatt, das am Wochenanfang in den Schulen kursierte und in fehlerhaftem Deutsch eine „Zweite Reichs Kristallnacht“ ankündigte. Boulevardblätter kochten das Thema sensationslüstern hoch. „Bild“: „Neonazis wollen Schulen stürmen“.

Die Meldung, 800 Skinheads kämen mit der Englandfähre zur Ausländerhatz, verbreitete Furcht in den Stadtvierteln mit hohem Ausländeranteil. „Aus 800 Skins wurden schließlich 3000“, so ein Sprecher der Innenbehörde, „die Leute waren wie die Kaninchen, völlig paralysiert.“

Auch auf eilig einberufenen Elternabenden waren die Ausländer nicht zu

* Am Donnerstag letzter Woche bei Burg Breuberg, mit Redner Brehl (l.).

beruhigen. Fahrdienste, von Lehrern organisiert, wurden kaum genutzt. Türkische Eltern schrieben lieber Entschuldigungsbriefe – „wegen Krankheit mußte Yusuf zu Hause bleiben“.

Deutlich wird an der Überreaktion, wie stark Ausländer mittlerweile verunsichert sind, wie sensibel sie auf vermutete Gefahr von rechts reagieren. Hamburgs Innensenator Werner Hackmann (SPD) ortete als „Nährboden der Hysterie-Welle“ folgerichtig die „latente Ausländerfeindlichkeit der Deutschen“. Die Beunruhigung, gefördert durch Wahlerfolge der Republikaner in Berlin und Hessen, sei „gewaltig“, das Vertrauen in die Ordnungsmacht gering.

Da griffen manche zum Selbstschutz. In Hamburg-Horn nahmen Polizeibeamte in der Nacht zum Donnerstag 41 türkische Jugendliche fest, die gerade, mit Beilen, Macheten und Gaspistolen bewaffnet, in ihre Autos steigen wollten – „wir fahren Streife“, begründeten die selbsternannten Hilfssheriffs ihr martialisches Auftreten.

Auch in Berlin bildeten sich, in Erwartung rechter Randalen, sogenannte Kiez-Milizen, die in Neukölln und Kreuzberg auf Patrouille gingen. Als der Nazi-Sturm auf Berlin ausblieb, entlud sich die Paranoia in Scharmützeln mit der Polizei. „Wir sind wohl einem Spuk aufgegessen“, schwante einem der Stadtteil-schützer.

Wie professionell rechte Gruppen mit den Medien umgehen und sie gelegentlich für ihre Zwecke einzuspannen verstehen, zeigte auch die Hitler-Feier im Odenwald. Vor Fernsehkameras und Photoreportern hoben die Braunhemden telegen die Hand zum Hitler-Gruß, auf Wunsch auch zweimal. „Was ihr hinterher daraus macht“, sagte Kühnen-Kamerad Heinz Reisz, 50, zu den Bildjournalisten, „das ist mir egal. Wir wollen ja nur gut ins Bild kommen.“